

3. Gesamtbayerischer Online-Asylgipfel 29.01.2022

Forderungen der AG 4: Europäische Flüchtlingspolitik/ Internationales

1. Vorbemerkungen

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden hier unverändert wiedergegeben. Im Plenum fand zwar eine Diskussion statt, aber keine Abstimmung.

Ergänzungen von Teilnehmer*innen werden im Anschluss aufgeführt

2. Ergebnisse

Protokollführerin: Katharina Hefner
Zeit: 29. 01. 2022, 14:15 – 16 Uhr

Die Ausrichtung der Flucht- und Migrationspolitik der neuen Ampelregierung in Richtung mehr Humanität und stärkeren Focus auf die Menschenrechte ist grundsätzlich sehr zu begrüßen.

Vieles von dem, was wir hier fordern steht schon als Zielvereinbarung im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition. Hier wünschen wir uns eine zeitnahe Umsetzung der Ziele.

Darüber hinaus gibt es auch Forderungen, die so nicht im Koalitionsvertrag berücksichtigt sind, die wir aber trotzdem aufstellen.

1. Umsetzung eines solidarischen europäischen Asylverfahren

- Abschaffung des Dublin Abkommens 3, d. h. keine Abschiebungen in andere EU-Staaten, → dies würde Ressourcen bei Behörden, Helfer*innen, Geflüchteten (selbst) freisetzen
 - stattdessen Etablieren von „Free-Choice“ (EU-weit); deutschlandweit?
 - Abschaffung des Einstimmigkeits-Verfahrens innerhalb der EU
 - finanzieller Druck gegen unwillige EU-Staaten sowie weitere Sanktionen
 - Kein europäisches Denken ohne „Neudenken“ der nationalen Asylpolitik
 - Verpflichtung aller EU-Staaten einen bestimmten Anteil des jeweiligen Staatshaushaltes zur Finanzierung von Projekten, beispielsweise Resettlement nach humanitären Bedingungen oder aber auch Projekte zur Bekämpfung der Klimakrise oder Bildungsprogramme einzustellen
- Den „new pact on migration and asylum“ lehnen wir ab, da in den großen

Camps an den EU-Außengrenzen katastrophale Zustände herrschen (z.B. Kara Tepe); Vorschlag von Zentren außerhalb der EU (beispielsweise in Tunesien) birgt die Gefahr langer Verweildauer unter katastrophalen Bedingungen in den Camps

Stattdessen fordern wir:

- Evakuierung der Camps und Verteilen auf die EU-Staaten
- Forderung an die Ampel zur deutlichen Distanzierung von diesem Pakt (<https://www.proasyl.de/>)
- Forderung an die Ampel: Druck innerhalb der EU ausüben

2. • Ausgestaltung von Migrationspartnerschaften:

Zu Vereinbarungen mit Drittstaaten:

- Unterscheidung Migrationspartnerschaften und Rückführungspartnerschaften

zentrale Punkte dabei:

- keine Partnerschaften mit Staaten in denen Menschenrechtsverletzungen auftreten (Kontrolle sowie Sanktionen)
- Partnerschaften auf Augenhöhe
- Zusagen an Staaten wie Polen, Griechenland zur Aufnahme von Geflüchteten (?)
- auf der Homepage des BAMF findet sich eine Übersicht der Länder, mit denen ein Rücknahmeabkommen besteht
- Es gibt Programme (z.B. AVR) zum „safe return“, die aber wenig publik sind und wenig genutzt werden

3. Koalition vorangehender Staaten

- „Koalition der Willigen“ = der aufnahmebereiten Staaten
- reguläre, legale, sichere Fluchtwege schaffen (hier braucht es eine klare Rechtslage)
- Gefahr: es wird ein weiterer Ausbau der Festung Europa vorangetrieben. Das muss verhindert werden!
- → Forderung, stattdessen das Recht auf Asyl zu stärken
- wer sind vorangehende Staaten? Was sind Tabus, Grenzen, rote Linien in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten? (Beispiele Kriminalität, Finanzierung von Grenzschutz etc.)
- Kontrollinstanzen schaffen
- Wer fühlt sich verantwortlich, wer übernimmt Initiative?
- Kritik an Frontex umwandeln in die Forderung nach Abschaffung von Frontex
- Gründen einer neuen Organisation (z.B. „Front-IN“), die koordinierende und unterstützende Funktion übernimmt und reguläre Rettung und Aufnahme sicherstellt
- dies entspricht auch den Forderungen von Pro Asyl, Flüchtlingsrat, Seebrücke Gruppen

4. Keine Behinderung der zivilen Seenotrettung

- Bildung staatliche Seenotrettung auf europäischer Ebene als zentrale Forderung
- zivile Seenotrettung nur als Ergänzung dazu ansehen
- „Keine Behinderung“ sollte in „Förderung“ umgewandelt werden
- Es darf keine Rückführungen oder Pushbacks in unsichere Länder, wie Libyen etc. geben, sondern es muss eine Aufnahme in sichere Häfen erfolgen.

5. • Verstärkung von Resettlement

- Gefahr: Verantwortung wird auf Privatpersonen abgeschoben
 - „NEST-Programm“ sehr kritisch, da finanzielle Belastung von Privatpersonen gestemmt werden muss, Programm ist nicht bekannt und nicht vollständig durchdacht
 - keine Abgabe an Verantwortung an Privatpersonen
 - Schieflage zwischen Geflüchteten und Aufnehmenden, Abhängigkeit
 - Forderung: keine Privatisierung, sondern der Staat muss hier seiner Verantwortung nachkommen
 - Aber: weitere Möglichkeit als Ergänzung bzw. Erweiterung zur staatlichen Aufnahme über das Resettlement
 - Organisation eines grenzübergreifenden Projekts zur Finanzierung von Patenschaften für Geflüchtete auch in anderen EU-Staaten
 - Vorteile von Resettlement: bereits vor Ort wird für Unterbringung, Vorbereitung auf Ausreise etc. gesorgt
 - Bisher kommen wenige Menschen über Resettlement in Deutschland an, obwohl UNHCR viele Menschen auf Liste aufgenommen und gemeldet hat
 - → Stellenausbau zur Prüfung vor Ort, wer für Resettlement geeignet wäre
 - → auf dem Papier vorhandene Plätze werden nicht genutzt, unklar, warum
-
- Sichere Häfen sollen im Rahmen von Resettlement Geflüchtete aufnehmen können, dafür Förderung durch den Bund
 - Landesaufnahme sowie kommunale Aufnahmeprogramme ermöglichen, um eigenständiges Handeln der Kommunen und Länder zu fördern
 - Auswirkungen auf die Drittstaaten (Tunesien, Türkei, etc.) mitbedenken

6. • Humanitäre Visa für gefährdete Personen

- Bereits im Herkunftsland wird Visum erteilt; das würde Möglichkeit einer sicheren Ausreise ermöglichen
- Humanitäre Visa als Möglichkeit, ohne Asylverfahren, und in akuten Gefährdungslagen im Herkunftsland zu helfen
- §23 Abs. 1, in jetziger Fassung noch abhängig vom Einvernehmen mit dem Innenminister
- behördlichen Voraussetzungen vor Ort gegeben? Werden besonders vulnerable Gruppe damit erreicht?
- Forderung: Visumserleichterungen für gefährdete Personen
- Ad-Hoc-Hilfe z.B. an belarussisch-polnischer Grenze könnte durch solche Visa ermöglicht werden

3. Nachträgliche Ergänzungen

- Evakuierung aller Lager an den EU-Außengrenzen
- Korridor von der belarussischen Grenze durch Polen
- Entwaffnung von Frontex
- Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der EU
- Entzug/ Sperre von Geldern bei 'unwilligen Staaten'
- unbürokratische Evakuierung gefährdeter Menschen aus Afghanistan

Gez.

Monika Hopp (Fränkischer Asylgipfel), Joachim Jacob (*unserVETO*)



Asylgipfel Bayern - ehrenamtlich und unabhängig
www.asylgipfel-bayern.de



Verband der ehrenamtlichen
Flüchtlingshelfer*innen Bayern
Vorsitzende: Bettina Riep, Dr. Joachim Jacob
www.unserveto-bayern.de